

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Stellenabbau bei der Polizei im Kreis Germersheim

Die **Kleine Anfrage 106** vom 4. Juli 2011 hat folgenden Wortlaut:

Im Koalitionsvertrag wurde ein Stellenabbau bei der Polizei festgeschrieben („Die Zielzahl von 9 014 Polizistinnen und Polizisten soll bis zum Jahr 2016 erreicht werden. Durch den damit einhergehenden Stellenabbau werden entsprechende Einsparungen erzielt.“).

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Weise soll der im Koalitionsvertrag vereinbarte Stellenabbau bei den Polizeidienststellen im Kreis Germersheim erfolgen?
2. Welche Personal-Sollstärke plant die Landesregierung für die Polizeiinspektionen im Kreis Germersheim für nächsten zehn Jahre?
3. Welche Personal-Sollstärke im Schichtdienst plant die Landesregierung für die Polizeiinspektionen im Kreis Germersheim für die nächsten zehn Jahre?
4. Inwiefern soll bei der Sachmittelausstattung der Polizeiinspektionen im Kreis Germersheim gespart werden?
5. Von welcher Polizeidienststelle oder Polizeiautobahnstation soll künftig der Autobahnabschnitt der A 65 von Kandel bis nach Wörth betreut werden?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. Juli 2011 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Wie bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 11 (Landtagsdrucksache 16/52) aufgezeigt, stellt das Abschmelzen der derzeitigen Personalstärke der Polizei auf den Zielwert von rd. 9 000 Kräften bis zum Jahr 2016 keine auf die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung zurückgehende Maßnahme dar, sondern ist einer perspektivischen Personalplanung geschuldet. Durch einstimmig gefassten Beschluss des Landtags vom 16. Dezember 2010 wurde der Zielwert zudem grundsätzlich bestätigt.

Um die Effektivität und die Effizienz der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung auch in Zukunft bestmöglich zu gewährleisten, wurde eine polizeiinterne Arbeitsgruppe ins Leben gerufen und mit der Überprüfung der Organisationsstruktur beauftragt. Die Landesregierung will „eine moderne, an den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Belastungen orientierte Arbeit der Polizei gewährleisten“. Eine Realisierung dieses Zieles ist nur möglich, wenn die rheinland-pfälzische Polizei den sich verändernden Anforderungen im Rahmen eines permanenten Organisationsentwicklungsprozesses Rechnung trägt und dies in ihrer externen und internen Dienststellenorganisation entsprechend abbildet.

Der eingesetzte Lenkungsausschuss, in den unter dem Vorsitz des Leiters der Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern, für Sport und für Infrastruktur auch die Leiter der Polizeibehörden und -einrichtungen, Vertreter des Hauptpersonalrats Polizei, der Polizeigewerkschaften sowie der schwerbehinderten Menschen in der Polizei und der polizeilichen Gleichstellungsbeauftragten einbezogen sind, sowie die entsprechend besetzten Arbeitsgruppen haben sich am 7. Juli 2011 konstituiert. Bis Mitte August 2011 werden die ersten, unter Einbindung der polizeilichen Basis zu erstellenden Berichte der Arbeitsgruppen erwartet, die sodann im Lenkungsausschuss im Detail beraten werden. Es wird beabsichtigt, bis Mitte September 2011 die Beratungen im Lenkungsausschuss abzuschließen. Die auf dieser Grundlage erarbeiteten Voten werden sodann einer abschließenden Bewertung zugeführt.

b. w.

Vor dem Hintergrund dieses umfassenden Abstimmungsprozesses im Dialog mit den polizeilichen Interessensvertretungen können Aussagen zum Ergebnis der Beratungen nicht vor Oktober 2011 getroffen werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

In welcher Weise sich die Personalstärken der Polizeiinspektionen im Kreis Germersheim entwickeln werden, kann gegenwärtig ebenso wenig wie für die anderen Polizeidienststellen des Landes konkretisiert werden. Die zukünftige personelle Besetzung der Polizeiinspektionen ist sowohl von den Ergebnissen der landesweit eingesetzten Arbeitsgruppen zur Optimierung der Polizeiorganisation abhängig wie auch von der auf deren Basis erfolgten aufgaben- und belastungsorientierten Berechnung der Soll-/Orientierungsstärken. Hierbei wird, wie bereits in der Vergangenheit, dem Wechselschichtdienst ein besonderes Augenmerk gelten.

Zu Frage 4:

Es sind keine gesonderten Einsparungen bei den Sachmittelausgaben der Polizeiinspektionen im Kreis Germersheim vorgesehen.

Zu Frage 5:

Eine der oben erwähnten Arbeitsgruppen befasst sich mit dem Thema „Optimierung polizeilicher Aufgabenwahrnehmung auf rheinland-pfälzischen Bundesautobahnen“. Insoweit kann noch keine Aussage zur künftigen Betreuung des genannten Autobahnabschnitts getroffen werden.

In Vertretung:  
Heike Raab  
Staatssekretärin